

Wie denken künftige Lehrkräfte über die Eurokrise?

Ergebnisse einer Studierendenbefragung in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg

Silvia Blum, Till van Treeck

1. Einleitung

Die sozialen und politischen Folgen der Eurokrise haben die Grundfesten der Europäischen Union (EU) erschüttert. Ein Ergebnis der Krise zeigt sich im Wandel der Parteienlandschaft in vielen Mitgliedsländern: Etablierte politische Parteien haben an Unterstützung verloren, während vielerorts gerade jene Parteien in der Wählergunst gestiegen sind, die sich offen gegen den Euro als Gemeinschaftswährung wenden. Auch auf internationaler Ebene offenbaren sich die Folgen der Krise: Das Misstrauen zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten, deren Regierungen sich mitunter gegenseitig für die ökonomischen Turbulenzen verantwortlich machen, ist stark gestiegen und hat inzwischen ein Niveau erreicht, das für die europäische Idee zur Gefahr zu werden droht.

In diesem Artikel werden die Ergebnisse einer Befragung von Studierenden im ersten Semester an ausgewählten deutschen Universitäten vorgestellt.¹ In der vorgestellten Erhebung lag der Fokus auf den Vorstellungen und Einstellungen angehender Lehrerinnen und

Lehrer, die in ihrer Berufstätigkeit in einer wichtigen Multiplikatorrolle agieren, wenn sie den Themenkomplex Eurokrise unterrichten. Die befragten Lehramtsstudierenden vertreten eine Generation von heranwachsenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, welche in Zeiten der wirtschaftlichen Krise und der politischen Spannungen in Europa sozialisiert wurden und werden. Diese Generation wird es sein, die zukünftige Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren hervorbringt und die Gestalt des europäischen Projekts zukünftig prägen wird. Ihr Wissen, ihre Vorstellungen und Eindrücke zur Eurokrise sind damit von herausragender Bedeutung für die Zukunft der europäischen Integration.

Aus Sicht der deutschen Bundesregierung und wirtschaftspolitischer Beratungsgremien wie dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die überhöhte Staatverschuldung, eine lockere Fiskalpolitik sowie die schlechte Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder als zentrale Krisenursachen zu identifizieren



Silvia Blum
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Fakultät für Mathematik
Universität Duisburg-Essen



Prof. Dr. Till van Treeck
Institut für Sozioökonomie
Universität Duisburg-Essen

(Sachverständigenrat, 2014). In der Konsequenz werden eine staatliche Austeritätspolitik und strukturelle Reformen im Sinne der Deregulierung von Arbeits- und Gütermärkten von den betroffenen Ländern Südeuropas eingefordert. Im Gegenzug für die geforderten Umstrukturierungen werden finanzielle Hilfen geboten.

Deutliche Kritik an der ordoliberalen, „anti-keynesianischen“ deutschen Perspektive auf die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise wird auf internationaler Ebene formuliert. Kritische Stimmen gegenüber der Regierungsposition sehen dabei sogar die Gefahr, dass der deutsche Ordoliberalismus letztlich den europäischen Gedanken gefährde (Bulmer, 2014; Steinberg/Vermeiren, 2016). Gerade renommierte internationale Ökonomen und Ökonomen, die eine keynesianische und eher linke Politik vertreten, werfen Deutschland eine „Beggary-Neighbor“-Politik vor: Deutschland schade anderen Ländern innerhalb der Währungsunion durch seine kontinuierlich hohen Exportüberschüsse, denen entsprechende Exportdefizite und eine steigende Auslandsverschuldung in anderen Ländern gegenüberstehen (z.B. Wren-Lewis, 2014; Krugman, 2013; Sen, 2015; Sachs, 2015). Institutionen wie die Europäische Kommission, das US-amerikanische Finanzministerium, die französische Regierung und eine Mehrheit unter den europäischen Ökonomen und Ökonomen haben die deutsche Strategie der hohen Exportüberschüsse in der Vergangenheit immer wieder kritisiert (vgl. auch Haan et al., 2016). Ungeachtet dessen – und zur Verwunderung der internationalen Öffentlichkeit – scheint die allgemeine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Eurokrise unter den großen Parteien der Bundesrepublik Konsens zu sein, insbesondere unter CDU, CSU und SPD (Dulien/Guérot, 2012; Nedergaard/Snaith, 2015; Matthijs, 2016).

Eine Zielvorstellung der europäischen Integration umfasst das Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft mit einer gesamteuropäischen Debattenkultur. An dieser Stelle kann die Frage formuliert werden, inwieweit angehende Lehrkräfte im größten und ökonomisch bedeutsamsten Mitgliedsstaat der Eurozone ein Bewusstsein zeigen für die zueinander in Konflikt stehenden ökonomischen Analysen und wirtschaftspolitischen Positionen innerhalb der

Währungsunion. Befunde aus Interviews mit hohen Beamtinnen und Beamten bzw. Personen im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik zeichnen das Bild, dass ordoliberale Ideen auch in diesen Kreisen auf breite Zustimmung stoßen (Nedergaard/Snaith, 2015). Wenn nun aber Lehramtsstudierende ähnlich deutlich ihre Zustimmung zur ordoliberalen Krisensicht äußern, ist zu erwarten, dass wirtschaftspolitische Kontroversen auch in Zukunft entlang nationaler Grenzen verlaufen werden.

In diesem Artikel präsentieren wir die Ergebnisse einer Befragung unter 785 Erstsemesterstudierenden in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Baden-Württemberg (BW) in den Studiengängen, die zur Lehramtsbefähigung im Fach Sozialwissenschaften bzw. in den Fächern Politik und Wirtschaft/Studien- und Berufsorientierung an weiterführenden Schulen führen. Neben soziodemographischen Daten wurden Angaben zur politischen Selbsteinschätzung erhoben sowie Einstellungen und Vorstellungen zur (1) europäischen Integration, (2) zu den Ursachen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie (3) zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Im zweiten Abschnitt dieses Artikels werden Informationen zur Stichprobe und zum Design des Erhebungsinstruments vorgestellt. Der dritte Abschnitt enthält die Ergebnisse, die im vierten Abschnitt zusammenfassend dargestellt und schließlich mit Blick auf mögliche Implikationen diskutiert werden.

2. Methode

An der Studie nahmen 785 Studierende zu Beginn ihres ersten Fachsemesters an fünf nordrhein-westfälischen sowie sechs baden-württembergischen Universitäten teil. Die Daten wurden im Zeitraum von September bis Dezember 2016 erhoben. Befragt wurden in NRW 595 Studierende im Lehramtsstudiengang Sozialwissenschaften in Bielefeld, Essen, Köln, Münster und Siegen. Die befragten Personen in NRW waren entweder im Studiengang Sozialwissenschaften für die Sek. I oder für die Sek. II eingeschrieben oder belegten (in Münster) ein sozialwissenschaftliches Fach im 2-Fach-Bachelor, welches im Master eine Spezialisierung für das Lehramt zulässt. In BW wählen die Studierenden seit der Einführung

des Separatfachs Wirtschaft 2016 zwischen den Studiengängen Politik und Wirtschaft mit Lehramtsoption. Insgesamt wurden 105 Studierende für das Fach Politik und 85 Studierende für das Fach Wirtschaft an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Stuttgart und Tübingen befragt. In Konstanz wurde auf die Befragung verzichtet, da dort nur Politik, nicht jedoch Wirtschaft gewählt werden kann. Die Beschränkung auf Universitäten hat bedingt durch das Zwei-Säulen-System der Lehrerbildung in BW an Pädagogischen Hochschulen (Sek. I) und Universitäten (Sek. II) zur Folge, dass keine Studierenden befragt wurden, die gezielt eine Lehrtätigkeit in der Sek. I anstreben. Das Verhältnis der Lehramtsabsolventen für Realschulen (PHs) bzw. Gymnasien (Universitäten) beträgt 1:2, ausgehend von den Zahlen für 2015 (vgl. Statistisches Landesamt, 2017). Quantitative Aussagen für die Studieneingangsphase können nicht getroffen werden, da die Umstellung von Studiengängen mit Abschluss Staatsexamen auf polyvalente Bachelorstudiengänge mit Lehramtsoption die eindeutige Identifikation von Studierenden für das gymnasiale Lehramt nicht mehr möglich macht. Für die Studierenden, die eine Lehrtätigkeit in der Sek. II anstreben, kann jedoch von einer sehr hohen Abdeckung durch unsere Stichprobe ausgegangen werden.

Die teilnehmenden Studierenden wurden entweder in zentralen Einführungsveranstaltungen oder vor einer der ersten Vorlesungen mit einem paper & pencil-Fragebogen befragt. Es wurden keine finanziellen Anreize in Aussicht gestellt. Nach dem Hinweis darauf, dass es sich bei der Erhebung nicht um eine Wissensüberprüfung handelt, wodurch einem verzerrten Antwortverhalten vorgebeugt werden sollte, füllten die Studierenden einzeln den Bogen anonym aus. Der Bogen bestand aus mehreren Teilen, von denen in diesem Artikel drei (fortan bezeichnet als Blöcke 1-3) näher betrachtet werden. Der erste dieser drei Blöcke fokussierte auf die Einstellung gegenüber dem europäischen Integrationsprozess. Fünf Statements sollten auf einer dreistufigen Likert-Skala „lehne ab“ – „stimme teilweise zu“ – „stimme zu“ (vgl. Caplan, 2002) eingestuft werden. Die Statements sollten eine positive bzw. negative Grundeinstellung gegenüber der EU operationalisieren.

Der zweite Block thematisierte die Ursachen der Krise und wurde wie folgt eingeleitet: „Die Eurozone ist seit einigen Jahren von einer Wirtschaftskrise betroffen. Sind die folgenden Aspekte aus Ihrer Sicht wichtige, weniger wichtige oder gar keine Gründe für diese Situation?“. Daraufhin sollte die Zustimmung zu elf Statements auf Basis der Antwortmöglichkeiten „kein Grund“, „weniger wichtiger Grund“ oder „wichtiger Grund“ eingestuft werden. Dieser Block sollte darüber Aufschluss geben, inwieweit die Studierenden von „ordoliberalen“ oder „keynesianischen“ Krisennarrativen geprägt sind.

Der dritte Block enthält vier Statements zur Sanktionierung von hoher staatlicher Neuverschuldung bzw. Exportüberschüssen, zur Vergemeinschaftung von Schulden und zur Abschaffung der Gemeinschaftswährung. Jeweils wurde eine dichotome Skala: „Sind Sie für oder gegen diese Maßnahme?“ zur Auswahl gestellt. Auch hier ging es darum zu ergründen, inwieweit die Studierenden den oben skizzierten konkurrierenden Narrativen zur Eurokrise folgen.

Im letzten Block wurden soziodemographische Variablen, die politische Selbsteinschätzung und Parteipräferenzen erfragt.

3. Ergebnisse

In der Stichprobe liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bei 51% (BW: 56%, NRW: 50%). Das durchschnittliche Alter (Median) liegt in NRW und BW bei 20 Jahren. Die Gruppe der Studierenden in BW hat mit 1,98 gegenüber 2,26 in NRW – bei landesweit fast gleichen Durchschnittsnoten – eine signifikant bessere Abitur-Durchschnittsnote erreicht. Der relative Anteil der Studierenden, die sich einer anderen Nation als Deutschland am stärksten verbunden fühlen, liegt in NRW mit 12% sechs Prozentpunkte über dem Anteil in BW. Die politische Selbsteinschätzung auf einer Skala von 1 (= links) bis 7 (= rechts) unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den Bundesländern und liegt bei 3,20 im Gesamtdurchschnitt.

Breite Unterstützung der Europäischen Integration

In Tabelle 1 sind die Mittelwerte (und die Standardabweichung) der Zustimmung zu den Aussagen aus dem Block zur europäischen Integration dargestellt, wobei Ablehnung mit „0“ und die volle Zustimmung mit „2“ codiert ist.

Im Gesamtbild ist eine starke Zustimmung zur europäischen Integration festzustellen. Ein fiktiver Austritt Deutschlands sowie der beschlossene Brexit werden tendenziell abgelehnt, wobei Austritte in BW signifikant stärker abgelehnt werden. Insbesondere erlaubt die innere Konsistenz der Items (Cronbachs $\alpha=.71$) das Zusammenfassen der Items zu einer Skala „Pro-EU“ für spätere Analysen.

Tab. 1: Einstellungen zur europäischen Integration

Aussage	Gesamt	NRW	BW
Ich finde die europäische Idee grundsätzlich gut und wichtig.	1,8 (0,42)	1,77 (0,45)	1,9 (0,30)
Es wäre gut, wenn mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden würden.	1,15 (0,62)	1,16 (0,63)	1,13 (0,61)
Deutschland wäre besser für die Zukunft gerüstet, wenn es nicht Mitglied der EU wäre.	0,26 (0,52)	0,29 (0,54)	0,17 (0,44)
Ich finde es gut, dass Großbritannien die EU verlässt.	0,33 (0,60)	0,37 (0,62)	0,23 (0,50)
Ohne die EU ginge es den Menschen in Europa besser.	0,21 (0,47)	0,22 (0,48)	0,16 (0,40)

Bekennnis zur ordoliberalen Krisenerzählung bei kapitalismuskritischen Zwischentönen

Bei den Krisenursachen sind die Studierenden – in Übereinstimmung mit dem ordoliberalen Narrativ – mehrheitlich der Meinung, dass die Krisenländer ihre ökonomischen Schwierigkeiten selbst verschuldet haben. So werden deren hohe Staatsverschuldung (M: 1,72) und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit (M: 1,55) als Krisenursachen benannt – der Median beträgt bei beiden Aussagen 2 (starke Zustimmung). Die Aussage, dass die Mitglieder der Eurozone generell zu verschieden sind, findet dagegen keine breite Zustimmung (M: 0,92). Spekulationen auf den Finanzmärkten (M: 1,40) und der generellen Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems (M: 1,34) – beides typische linke Erklärungsmuster – wird ein deutlicher Anteil an der Krisenentstehung zugeschrieben. Dagegen finden keynesianisch orientierte Erklärungen, wie die niedrigen Lohnsteigerun-

gen in Deutschland (M: 0,81) und die starke Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft (M: 1,00, M (nur BW): 0,89) als Krisenursachen deutlich weniger Beachtung. Ebenso wird die Austeritätspolitik in den südeuropäischen Ländern nicht als wichtige Ursache für die ökonomischen Probleme dieser Länder angesehen. Die Sichtweise, dass die Staatsausgaben noch nicht genug gekürzt worden seien, findet eine etwas höhere, jedoch keine überwältigende Zustimmung.

Insgesamt bestätigt sich die vermutete Dominanz des ordoliberalen Narrativs in den Antworten der Studierenden. Gleichwohl wird die generelle Kritik links-orientierter Akteure am (Finanz-)Kapitalismus geteilt. Kaum Zustimmung findet dagegen das keynesianische Narrativ der Krise. Die Studierenden glauben nicht, dass die Krise durch niedrige Löhne und starke Exportabhängigkeit Deutschlands ausgelöst und durch die Kürzung der Staatsausgaben in den betroffenen Ländern verstärkt wurde.

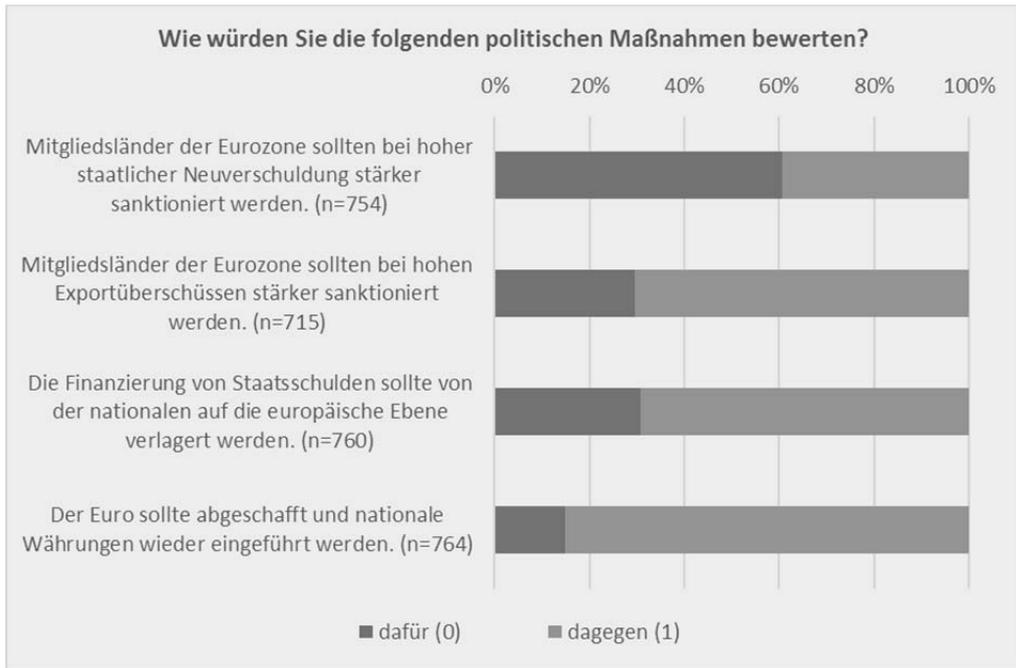
Abb.: 1: Ursachen der Eurokrise – Items aus Block 2



Bestätigt wird dieses tendenziell ordoliberal geprägte Meinungsbild durch die Haltung zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen. Eine deutliche Mehrheit von 61% unterstützt die Forderung, dass Mitgliedsländer der Eurozone bei hoher staatlicher Neuverschuldung stärker sanktioniert werden sollten. Sanktionen bei zu hohen Exportüberschüssen, wie sie von verschiedenen nationalen Regierungen und vom EU-Parla-

ment wiederholt ins Spiel gebracht wurden, erfahren dagegen mit 30% nur geringe Unterstützung. Der Vorschlag: „Die Finanzierung von Staatsschulden sollte von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert werden.“ wird zwar klar abgelehnt mit 69%, eine Ablösung des Euro durch nationale Währung findet mit 15% andererseits jedoch kaum Zustimmung.

Abb. 2: Wirtschaftspolitische Maßnahmen nach der Eurokrise



Einfluss der politischen Verortung

In einer Regressionsanalyse wurde untersucht, inwieweit die politische Selbsteinschätzung bzw. die Parteipräferenzen der Studierenden mit ihren Einstellungen in Bezug auf die Ursachen und möglichen Lösungsansätze zur Eurokrise im Zusammenhang stehen.

Zunächst zeigt sich, dass eine eher linke politische Selbsteinschätzung mit stärker pro-europäischen Einstellungen (Block 1) einhergeht. Besonders Anhänger der Grünen äußern sich stark pro-europäisch, während Anhänger der AfD eine stark europakritische Haltung einnehmen.

Eher links-orientierte Befragte sind tendenziell kritischer gegenüber der Austeritätspolitik eingestellt. Ähnlich stark wird nur die generelle Kapitalismuskritik durch eine linke Orientierung erklärt. Für die folgenden Aussagen findet sich jedoch interessanterweise kein statistisch signifikanter Zusammenhang mit der politischen Selbsteinschätzung: „Die Staatsausgaben in den Krisenländern sind bereits zu stark gekürzt worden.“ „In Deutschland steigen die Löhne zu wenig.“ „Mitglieds-

länder der Eurozone sollten bei hohen Exportüberschüssen stärker sanktioniert werden.“

Auch der (fehlende) Zusammenhang zwischen parteipolitischen Präferenzen und Einstellungen zur Eurokrise ist interessant: Unterstützerinnen und Unterstützer der Grünen sind kritischer gegenüber der Austerität als CDU-affine Studierende, jedoch gibt es keinerlei signifikante Unterschiede in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit und der Rolle Deutschlands. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit wird – ebenso wie die Unterschiede zwischen den Euro-Staaten – von FDP-affinen Studierenden signifikant eher unterstützt, während Finanzmarktspekulationen und Kapitalismuskritik weniger als Krisenauslöser betrachtet werden. Einzig Unterstützerinnen und Unterstützer der LINKEN beurteilen die Exportorientierung und die geringen Löhne in Deutschland statistisch signifikant kritischer, ebenso wie die Rolle der Austeritätspolitik und der Spekulationen und des Kapitalismus. Sympathie für die SPD ist mit einer statistisch signifikant stärkeren (!) Kritik an den hohen Staatsschulden der Krisenländer verbunden. Darüber hinaus sind zwischen CDU- und SPD-

Sympathisantinnen und Sympathisanten keinerlei signifikante Unterschiede bezüglich ihrer Einstellungen zur Eurokrise festzustellen. Die angegebenen Krisenerklärungen der Unterstützerinnen und Unterstützer der AfD weichen von denen der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP zwar ab, lassen sich aber keinem der skizzierten Narrative zuordnen.

Interessant ist zudem der Zusammenhang zwischen der allgemeinen Unterstützung der EU-Integration (Block 1) und den Einstellungen zur Eurokrise. Erwartungskonform korreliert die pro-europäische Grundhaltung negativ mit der Überzeugung, dass Unterschiede zwischen den Euro-Ländern zur Krise geführt haben, und ebenso negativ mit der Befürwortung der Abschaffung des Euro. Überraschend ist dagegen, dass die Studierenden mit positiver Grundeinstellung zur EU-Integration Deutschlands Beitrag zur ökonomischen Instabilität der Eurozone tendenziell geringer einschätzen.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Die Ergebnisse der Studie können wie folgt knapp zusammengefasst werden.

- I. Die angehenden befragten Lehrkräfte in BW und NRW sind deutlich positiv gegenüber der europäischen Integration eingestellt: Die abstrakte Idee der europäischen Integration, die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU sowie die Gemeinschaftswährung werden unterstützt.
- II. Die Studierenden greifen auf typische ordoliberalen Krisenerklärungen zurück: Die hohe öffentliche Verschuldung und der Mangel an Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern gelten als Ursachen. Striktere Sanktionen gegenüber hohen staatlichen Defiziten, jedoch nicht die Übernahme der Schulden durch die Gemeinschaft, würden als Maßnahmen unterstützt.
- III. Das keynesianische Narrativ findet insofern wenig Anklang, als niedrige Löhne und Exportabhängigkeit in Deutschland nicht als Krisenursachen wahrgenommen und die Sanktionierung hoher Exportüberschüsse nicht unterstützt werden.
- IV. Finanzmarktspekulationen und der allgemeinen Krisenanfälligkeit des kapitalis-

tischen Systems werden eine hohe Erklärungskraft zugeschrieben.

- V. Die politische Selbstverortung hat einen Einfluss auf die Erklärung der Krise und die Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen, jedoch nicht auf die Bewertung der Lohnentwicklung und der Exportüberschüsse in Deutschland.
- VI. SPD- und CDU-affine Studierende unterscheiden sich praktisch nicht in ihrem Antwortverhalten. Bezüglich der europäischen Idee unterscheiden sich nur Unterstützerinnen und Unterstützer der Grünen und der AfD signifikant von SPD- und CDU-affinen Studierenden. Die Ursachen der Eurokrise werden nur von Unterstützerinnen und Unterstützern der AfD und der LINKEN signifikant anders gesehen, von den Letztgenannten tendenziell am ehesten aus einer keynesianischen Perspektive, wie sie außerhalb Deutschlands weit verbreitet ist.
- VII. Stärker pro-europäische Studierende widersprechen stärker (!) der Sichtweise, dass Deutschland durch eine schlechte Lohnentwicklung und starke Exportorientierung ökonomische Schwierigkeiten der Eurozone verursacht hat.

Angeichts der Dominanz ordoliberalen Denkens in der wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland überraschen die Ergebnisse II und III wenig. Sie spiegeln die geringe Bedeutung des keynesianischen Narrativs im nationalen Diskurs wider. Ergebnisse V und VI spiegeln zudem den verbreiteten Eindruck wider, dass die Interpretation der Eurokrise und die vorgeschlagenen Bewältigungsstrategien keine Themen sind, entlang derer sich die Profile der Volksparteien in Deutschland spürbar unterscheiden: "Mainstream neo-classical thinking and the ordoliberal tradition have informed the thinking of all five main political parties in Germany" (Dullien/Guérot, 2012, S. 5).

Aus demokratietheoretischer Perspektive ist die fehlende Verbindung zwischen parteipolitischen Präferenzen und wirtschaftspolitischen Haltungen – jenseits allgemeiner Kapitalismuskritik (Ergebnis IV) – zu einem so epochalen Ereignis wie der Eurokrise sicherlich als problematisch zu bewerten. Die Ergebnisse können als Hinweis auf die Notwendig-

keit pluralistischer (sozio-)ökonomischer Bildung im schulischen Kontext interpretiert werden. Angesichts der unterschiedlichen nationalen Diskurse in Europa im Bereich der Wirtschaftspolitik könnten gemeinsame europäische Lehrwerke für das sekundäre Schulwesen und gemeinsame Inhalte und Richtlinien der Lehrerausbildung im Bereich der (Sozio-)Ökonomie wirksame Maßnahmen darstellen.

Anmerkung

- 1 Eine ausführlichere Darstellung und Auswertung der Ergebnisse findet sich in Blum/van Treeck (2017).

Literaturhinweise

- Blum, S., van Treeck, T. (2017): Ordoliberalism: The Next Generation. What Do Students of Social Sciences Education in Germany Think About the Euro Crisis? Mimeo.
- Bulmer, Simon (2014). "Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics". In: *West European Politics* 37.6, S. 1244-1263. <https://doi.org/10.1080/01402382.2014.929333>
- Caplan, Bryan (2002). "Systemically Biased Beliefs about Economics: Robust Evidence of Judgemental Anomalies from the Survey of Americans and Economists on the Economy". In: *The Economic Journal* 112.479, S. 433-458. <https://doi.org/10.1111/1468-0297.00041>
- Dullien, Sebastian und Ulrike Guérot (2012). *The Long Shadow of Ordoliberalism: Germany's Approach to the Euro Crisis*. European Council on Foreign Relations.
- Haan, Wouter den et al. (2016). *The Danger of Germany's Current Account Surpluses: Results of the CFM and CEPR Survey*. VOX CEPR Policy Portal. URL: <http://voxeu.org/article/danger-germanys-current-account-surpluses-results-cfm-and-cepr-survey>.
- Krugman, Paul (2013). *The Harm Germany Does. The Conscience of a Liberal*, NYT Blog.
- Matthijs, Matthias (2016). "Powerful Rules Governing the Euro: the Perverse Logic of German Ideas". In: *Journal of European Public Policy* 23.3, S. 375-391. <https://doi.org/10.1080/13501763.2015.1115535>
- Nedergaard, Peter und Holly Snaith (2015). "As I Drifted on a River I Could Not Control": The Unin-tended Ordoliberal Consequences of the Eurozone Crisis". In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 53.5., S. 1094-1109.
- Sachs, Jeffrey (2015). *Germany, Greece, and the Future of Europe*. Project Syndicate.
- Sachverständigenrat (2014). *Mehr Vertrauen in Marktprozesse – Jahresgutachten 14-15*. Bonifatius GmbH Buch-Druck-Verlag.
- Sen, Amartya (2015). *The Economic Consequences of Austerity*. New Statesman. URL: <http://www.newstatesman.com/politics/2015/06/amartya-sen-economic-consequencesausterity>.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2017): *Zahl der bestandenen Lehramtsprüfungen leicht rückläufig*. Pressemitteilung 39/2017. URL: <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2017039>
- Steinberg, Federico und Mattias Vermeiren (2016). "Germany's Institutional Power and the EMU Regime after the Crisis: Towards a Germanized Euro Area?" In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 54.2. S. 388-407. <https://doi.org/10.1111/jcms.12255>
- Wren-Lewis, Simon (2014). *Why the Eurozone suffers from a Germany problem. mainly macro*. URL: <https://mainlymacro.blogspot.de/2014/10/why-eurozone-suffers-from-germany.html>.